

Der Arbeiter

Für den Ring herausgegeben von Ed. Stadler

3. Jahrgang. Nr. 12.

Mittwoch, den 23. März 1921.

Erscheint wöchentlich

Die Bedrohung Bayerns.

Im Schatten der Titanen.

In seinem großen Rechenschaftsbericht hat Simon's Wert darauf gelegt, vor dem Reichstag zu betonen, daß er den Rat der Sachverständigen nur zur Kenntnis genommen, im übrigen aber seine Entscheidung als Politiker getroffen habe. Man kann sich nur darüber freuen, daß Simon's auf diese Weise seine eigene Art von der Art der wirtschaftlichen Sachverständigen abhob. Damit rückte er aus den Unklarheiten, in welchen bisher sein Verhältnis zu diesen sachverständigen Außenstehenden erschien, in das helle Licht der öffentlichen Bühne, wo der Kampf um politische Dinge ausgetragen wird.

Als ich 14 Tage vor der Londoner Konferenz die fingierte Simon'srede im „Gewissen“ veröffentlichte, wollte ich den Lesern an einer konkreten politischen Situation zeigen, wie mit den von der Kinabewegung vertretenen politischen Ideen deutsche Politik praktisch gemacht werden könnte. Daß Simon's die gebotene Gelegenheit zu einer „politischen Rede“ nutzen würde, war anzunehmen. In welcher Form er es tun würde, konnte ebenfalls vorausgesehen werden. Es kam mir darauf an, im voraus festzustellen, welche politische Sprache in London gesprochen werden mußte. Dabei bestand die Nebenbedingung, für eine kritische Stellungnahme post festum die nötigen Unterlagen und Voraussetzungen zu schaffen. Wie leicht wird einem sonst vorgeworfen, es sei billig, nachträglich Kritik zu üben.

Was Simon's anlässlich der Londoner Verhandlungen in anschließender Rede darlegte, war ein äußerliches Nebeneinander von wirtschaftlichem Sachverständigen-Wissen und formaljuristischem Beamten-Wissen. Es war keine politische Rede. Noch weniger eine politische Tat. In der Stuttgarter Rede hatte Simon's zum Beispiel den Mut gefunden, die Schuldfrage aufzuwerfen. In London blieb er in dieser Angelegenheit die Antwort schuldig. Die Wiltonfrage nach dem Beginn des Weltkrieges war eine politische Frage. Die politische Antwort ließ sich mit dem Jahr 1903, dem Beginn der englischen Einkreisungspolitik, nicht nur ein Beispiel. Was man Simon's von allen Seiten vormarf, daß er die psychologischen Dinge verlor, war nur ein politisches Manö. Die eigentliche Lücke klafft tiefer.

Wenn Simon's die wirtschaftlichen Sachverständigen ablehnt und sich auf die Qualität des Nur-Politikers zurückzieht, so muß ihm heute deutlich gelagert werden, daß gerade er kein Nur-Politiker ist. Man braucht den Außenminister nur aller Neugierlichkeiten zu entkleiden und den ganzen Menschen auf sich wirken lassen, und man entdeckt in seiner Reinheit den deutschen Fachmann aus der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, dem keine „Sache“, nämlich das formale Recht in der Außenpolitik, auf dem Umweg über ein starkes inneres Ethos Zentralpunkt der Politik geworden ist. Er ist Sachverständiger des toten Rechts, des Buchstabenrechts, des Paragraphenrechts, des Formenrechts. Seine Sachverständigen-Art erscheint auf besonders hoher Ebene, weil sie in den Höhen des ethischen Rechtsbegriffes thront.

Simon's Politik bewegt sich in tollkühnen Sprüngen zwischen dem toten Recht und dem ethischen Rechtsbegriff hin und her. Nichts hat die Seele des deutschen Außenministers so enthüllt, seine Weltanschauung so bloßgelegt, als der politisch höchst unpolitische Satz seiner Reichstagsrede: man dürfe Böses nicht mit Bösem vergelten! Dieser Satz ist late unmittelbar auf sehr „sachverständige“ Ausführungen über die Rechtsverletzungen der Entente gegenüber dem Buchstaben- und Paragraphenrecht des Versailler Vertrages. Die Auseinandersetzung war nicht zufällig. Der verhängnisvolle Satz war kein falscher Zungenerschlag. In ihm offenbarte sich der ganze Mensch, nämlich der Fachmann von der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes in der Verkörperung eines tiefen Ethos. Alles andere nur sein großer Politiker!

Kein Zweifel mehr. Mit Simon's hat das deutsche Reich seinen zweiten Bethmann Hollweg. Derselbe Rechtsformalismus. Bei Simon's materiell besser untermauert. Derselbe Veröhnungstrieb. Bei Simon's ein wenig verkümmert. Derselbe überhöhte Intellektualismus. Bei Simon's etwas blumiger. Derselbe überhöhte Geistigkeit. Bei Simon's noch überhöhter. Beide von außerordentlicher Begabung auf dem Gebiet des politischen Verstandes. Aber beide instinktivlos gegenüber dem politischen Werden. Beide ohne menschlichen. Beide ohne motorische Schwungkraften.

Simon's hat in London auf Lord George nicht einzuwirken vermocht. Eben weil er kein Zannensch, kein Willensmensch,

Heinrich von Gleichen

spricht über

„Der politische Mensch der Gegenwart.“

Staatsmänner, Parteigrößen, Volk, Juden, Frauen und Junge“

am Donnerstag, den 24. März 1921, abends 7 1/2 Uhr

im „Meistersaal“, Berlin W 9, Köthener Str. 38

Freie Aussprache

kein Intimitätensitz. Des Lob, das der englische Außenminister seiner menschlichen Art zollte, war ein ausgeprägter Tadel seiner nur zu deutschen unpolitischen Art. Gegenüber Briand war Simon's als Rechtsformalist und Rechtsideologe von vornherein gelichtet. Vielleicht wiegt noch schwerer die Tatsache, daß selbst im deutschen Parlament und im deutschen Volke alles, was an politischem Instinkt ausgeprägt ist, (und es ist bekanntlich nicht viel!), sich gerade gegen die unpolitische Art von Simon's auflehnte, in dem Moment wo man ihm wegen des Abbruchs der Verhandlungen gern zugrübelt hätte. Der oben erwähnte Satz rief im Reichstag Ablehnung, ja Empörung hervor. Nur ahnten die wenigsten, daß sie mit dieser Ablehnung und Empörung in Simon's den innersten Menschen, seine Weltanschauung trafen.

Wenn Bismarck aus dem Grabe erstünde, würde er seinem Nachfolger über das Wesen der Politik eine Lektion erteilen. Er würde ihn zum Erlebnis bringen, wie das Gebiet der Politik gerade dort beginnt, wo das formale Recht ungefahr am Ende ist, und fastum dort hineinreicht, wo der ethische Rechtsbegriff sich auszuweiten beginnt. Das formale Recht, würde er sagen, ist das Recht der Verwaltungskunst, der zückerlichen Umwerbung, der politischen Exekutive; und das ethische Recht, würde er hinzufügen, ist das Himmelrecht der Nur-Ethiker, der Nur-Philosophen, der Nur-Propagisten. Das politische Recht bewegt sich zwischen beiden: im ewigen Fluß des Lebens, des Geschehens, des Kräfte-spiels und der freien verantwortlichen Tat.

Wenn Simon's ein Prediger des ethischen Rechts sein will, dann mag er als Rechtsphilosoph oder als Wissenschaftler, oder als religiöser Führer sich ergehen. Dann mag er sich von den starken geistigen Wellen unserer Zeit hochtragen lassen. Sein vorbildliches Leben würde dann im Zusammenhang mit seiner Lehre Menschen aufwärts ziehen und in vielen den Untergang aufhalten. Auch ein Politiker würde ihn dann als positive Kraft des Aufbaus in Rechnung stellen, ihn schätzen, ihn fördern. Der entscheidenden Politik müßte er in seinem eigenen Interesse ferngehalten werden.

Wenn Simon's unter den Sachverständigen des formalen Rechts eine Autorität oder die Autorität sein will, dann mag er als Rechtsberater eines Reichskanzlers, als Rechtsberater eines Außenministers seine Funktionen innehaben. Der Politiker würde ihn dann als sehr bedeutende Kraft heranziehen, bei ihm Rat einholen, von ihm die juristischen Formen für sein eigenes, sein politisches Wollen und sein Handeln erbitten.

Dies Urteil mag sehr scharf erscheinen. Und ist es doch nicht. Denn kein Mensch kann über sich hinaus.

Um so wichtiger ist die Frage nach den ergänzenden Kräften. Daß Bethmann Hollweg der Mann war, der er war, kann ihm niemand zum Vorwurf machen. Seine ungewöhnlichen Qualitäten und sein reines Wollen sind über persönliche Angriffe erhaben. Daß er aber zu seiner Ergän-

zung nur Subalterne heranholte, die sich ihm weit anlehnten und dadurch bestimmte Einseitigkeiten noch nach der Schattenseite hin vergrößerten, wird ihm nie verziehen werden können. Denn die Auswahl seiner Mitarbeiter lag bei seinem Willen. Größt er hierin fehl, so verlor er damit die Grenzen seines Ichs, ignorierte seine eigenen Schwächen und liegerte diese zum Unglück seines Landes und seines Volkes ins Maßlose. Nichts ist gütiger als der jetzigen Außenminister. Es gibt wohl niemanden, der das große Können und die treffliche menschliche Art dieses Mannes nicht ehrt und bewundert. Auch hier muß jedoch hervorgehoben werden, daß Simon's die Umgebung falsch wählte. Auch Simon's Mitarbeiter stehen alle in der Verlängerung des Schattens. Nirgendwo treten gegenpolare Kräfte in Erscheinung, die Simon's durch ihre eigene Art vermisst ergänzen. Dem zur Seite müßten Männer stehen mit politischem Instinkt, mit erbschwerer Realität, mit ausgebrochenen Kampf- und Willens-eigenschaften. Ginge er mit ihnen, er würde zur Kraft sich erheben und zur Nur-Politik gelangen. Das Land säme dabei weiter.

Doch, nachdem die Lücken so sehr in Erscheinung getreten sind, muß leider damit gerechnet werden, daß Simon's in den Schwächen seiner eigenen Art aus Gründen der Defensivemehrheit verharren wird. Wer den Aufstieg des Mannes verfolgt hat, wer mit Interesse und Teilnahme diesen Aufstieg mit verfolgte, kann nur bedauern, daß eine so verhängnisvolle Entwicklung nicht verhindert werden konnte.

Der Herausgeber.

Bayern und das Reich.

Von Eduard Stadler.

Dem Reichsminister des Innern Dr. Koch ge-
lingen die Vorbeere nicht mehr, die er in der Zeit des Kapp-
Zuges geerntet zu haben glaubt. Es reizte ihn, gerade in
den Tagen der ersten Jahrgang die Erinnerung an sein Selbsten-
tum dadurch wach zu rufen, daß er gegen die Letzte politische
Macht, die der Kapp-Zug von rechts her zeugte, einen ent-
scheidenden Sturmangriff unternahm: gegen die Regie-
rung von Koch in Bayern und deren machtvollen Unter-
bau, die bayrische Einwohnerwehr.

In der überaus verwickelten Angelegenheit des Entwaff-
nungsgesetzes ist dies der politische Kern. Und es mag
gestattet sein, hier diesen Kern in aller Schärfe herauszu-
arbeiten.

Die deutsche „Demokratie“ hat einst den militärischen Selbst-
schutz nicht ungern gesehen. Der „Antibolschewismus“,
der nach „demokratischer“ Rechtsideologie eigentlich nur mit
geistigen Waffen hätte ausgetragen werden müssen, wurde von
den „Demokraten“ gerade in seiner militärischen Form als
etwas Unangenehmes empfunden. Die kapitalistischen Unter-
männer der „Demokratie“ (nomina sunt odiosa) gaben für
diesen militärischen Antibolschewismus Millionen. Und die
„demokratische“ Regierung, deren Hauptträger jede Anwendung
der Gewalt in der Außenpolitik als etwas Reaktionsäres ver-
schmäht, ließ sich von den Freiwilligen-Bataillonen der ver-
hafteten Offiziere, der verhafteten Studenten, der verhafteten Na-
tionalisten nur zu gerne schütten. Wie ein Feigling, dem es
an den Kragen geht, verzichtete sie auf Selbstwehr und verließ
sich hinter der schirmenden Mauer von politischen Gegnern.
Wer von diesen sogenannten „demokratischen“ Staatsmännern
und Revolutionshelden hat ernsthaft den Gedanken erhoben,
diesen Selbstschutz als Selbstschutz der Gesamtnation
und des Gesamtstaates in Rechnung zu stellen. Wenn
er die Parteidemokratie in der Macht hielt, hatte der
Mahr seine Schuldigkeit getan.

Diese „demokratische“ Parteipolitik in der Regierung war
so herausfordernd, daß sie rechts und links die Parteikräfte
züchtete. Der Kapp-Zug und die roten Gegenaktionen waren
die unmittelbare Folge einer geradezu irrfinnigen deutschen
Innenpolitik. Bei seinem Ausbruch wurde der Reichsminister
Dr. Koch plötzlich lebendig. Nicht daß er jetzt als Held sich

...wies! Er sah wie die anderen. Dafür wütete er parteipolitisch, wie keiner. Er war der demagogische Initiator des Generalstreiks und damit der Anreißer der kommunistischen Organisationen. Wie er vorher mit dem nationalsozialistischen Selbstmord gearbeitet hatte, operierte er jetzt mit allen Mitteln der Gewalt, die sich ihm von links her boten. Und hatte den Erfolg, daß er wieder zu Macht kam. Diesen Parteierfolg lud er als Demagogie dadurch zu frönen, daß er schnellstens die Reichstagswahlen ansetzte. Es war derselbe Mann, der vor dem Stapp-Ruf hundert Begrenzungen auftrug, um die Reichstagswahlen hinauszuziehen!

Auf diesem Hintergrund muß man seine neueste politische Tat in der bayrischen Einwohnerwehrfrage beurteilen. Wieder dieselbe Verantwortunglosigkeit des Parteimannes Koch! Denn für eine Reichsregierung, die nicht nur dem Namen nach eine Regierung des deutschen Reiches sein will, lag kein zwingender politischer Grund vor, gerade jetzt so entschlossen auf eine Entwaffnungssatzung loszugehen.

Die Entente hatte die Entwaffnungsfrage schon von sich aus in den Hintergrund treten lassen. Aus guten Gründen. Einmal, weil sich England, das im Wettstreit gegen Amerika um die Mitarbeit Frankreichs in der englischen Weltpolitik kämpft, über jede Tatsache, die sich in Europa als hinderlich für die französischen Hegemoniepläne geltend macht. Nur damit kann England Frankreich zügeln. Das zeigt zur Genüge eben jetzt, auch das englische Eintreten für Sowjet-Rußland in einem Augenblicke, wo Frankreich die Gegenrevolution dort entfesselt. Noch bedeutsamer indes ist der Umstand, daß Frankreich selbst nur geringe Lust verspürt, an der bayrischen Einwohnerwehrfrage sich die Finger zu verbrennen. Von welcher Seite man auch das Problem Frankreich-Bayern betrachtet, es ist für die Franzosen fast ein Nütz-nich-nicht-an geworden. Der sogenannte Wille der Entente in der Entwaffnungsfrage ist also überaus schwach. Er ist ebenso schwach, wie in der Frage der Auslieferung der sogenannten Schuldigen. Man denkt nicht mehr daran, in beiden Fragen Ernst zu machen.

Daß ein Interesse des Reiches vorliegt, die Selbstschützorganisationen zu vernichten, mag ein pazifistischer Karrenhändler annehmen. Wir sind zwischen einem militäristischen Dämon und einem militäristischen Wesen eingeklemmt und haben als Reich ein Lebensinteresse daran, nicht aller Machtmittel bar zu sein, wenn die auch von Minister Simon's gefürchtete Auseinandersetzung zwischen Ost und West auf deutschem Boden droht. Von Revanche im Sinne eines Angriffs kann gar keine Rede sein. Aber der staatliche Selbstschutz des Reichs gegenüber den drohenden Kriegsgefahren, die im Gegensatz Paris-Moskau bestehen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Auch dem Willen des Volkes und seiner tiefsten Bestimmung widerspricht es, wenn die bayrische Einwohnerwehrfrage in der beliebigen Form aufgeworfen wird. Im bayrischen Selbstschutz und in dessen Ausstrahlungen im Reich empfindet das Volk unwillkürlich eine Wehr gegen die immer noch nicht überwundenen Revoltegefahren, einen Schutz für seine positiv gerichtete wirtschaftliche Rettungs- und Wiederaufbauarbeit und ein wenn auch noch so schwaches Machtmittel gegenüber den ausgeprochenen Verfallabsichten unserer Feinde.

Ohne einen unmittelbaren militärisch politischen Druck der Entente in dieser Frage, entgegen allen Interessen des Reiches, entgegen dem tiefsten Willen des gesamten deutschen Volkes hat der Reichsminister Dr. Koch sein Entwaffnungsgeheiß jetzt herausgeschleudert. Aber das ganze ist nur eine parteipolitische Mache gegen die in Bayern herrschende politische Richtung. Von Macht soll geführt werden. Sicherlich möchte man am liebsten hinter Schloß und Riegel bringen. Den Bayern soll der Respekt vor dem Reichsbürokratismus und dem Berliner Reichszentralismus eingebüßt werden. Die parteidemokratischen Resistenten des Herrn Minister Koch verlangen es. Mag das Reich dabei zugrunde gehen! Wozu brauchen wir Selbstschützorganisationen? Sie sind das letzte Hindernis: das allerletzte — zum Herzen der Welt Demokratie! Das republikanische Frankreich, das demokratische England und das „demokratische“ Amerika werden uns Deutschen um den Hals fallen, wenn wir das letzte Gewehr vernichtet haben, wenn wir so weich geworden sind, daß wir die Hände nicht einmal mehr zur Faust ver-

krampfen können, wenn die deutsche „Demokratie“ in ihrem feigen und femininen Pazifismus nach daliegt.

Daß der Außenminister Simon's diese parteipolitische Innenpolitik seines Kollegen Koch deckt und dafür außenpolitische Rechtsformalitäten als Motivierungen liefert, zeigt wieder einmal deutlich, wie Simon's im falschen Milieu Opfer der Umstände wird. Er, der in London politische Gesichtspunkte gegen Sachverständigen-Weisheit ins Feld führt, läßt sich als Sachverständiger des außenpolitischen Formalrechts von einem parteidemagogischen Innenminister mißbrauchen.

Zum Glück sind die Bayern aus härterem Holz. Die Reden des bayrischen Ministerpräsidenten lassen erkennen, daß dort, wo aus gesunder bäuerlicher Erde nichterner Sinn und einfacher Instinkt in kräftigen, zivilisatorisch und großstädtisch nicht verblödeten Menschen zum Ausbruch kommt, der Parteianatismus eines Koch und der Rechtsformalismus eines Simon's zerbrechen. Es ist zwar denkbar, und wäre folgerichtig, daß demnächst ein deutsches Reichsheer unter Führung Koch's nach dem Süden marschierte, um die Bayern dem Willen der — Franzosen zu unterwerfen. Aber die Bayern werden dann wohl dem Reichsminister Koch einen bayrischen Gruß erwidern und damit nach dem gesunden Sinn des gesamten deutschen Volkes handeln.

Aus dem Inhalt:

Im Schatten der Titanen.	Vom Herausgeber.
Bayern und des Reich.	Von Dr. Ewald Stadler.
Oberschlesien.	Von Ewald Knappe.
Bevölkerungsproblem und Wirtschaft.	Von Fritz Ehrenforth.
Britannia waives the rules.	Von Dr. Wilhelm von Kries.
Wirtschaftlicher Minderheitenkampf.	Von Heinz Reimelsh.
Reichsauswanderungsamt.	Von Dr. Rudolph.
„Der getreue Eckart“.	Von Anachronist.

Oberschlesien.

Die einzelnen Abstimmungen, deren letzte nun unmittelbar bevorsteht, haben die Lebendigkeit des deutschen Gedankens bewiesen, der durch unsere Grenzlande flutet. Bis jetzt wurden durch die Abstimmungen endgültige Tatsachen geschaffen, die Abstimmungsgebiete mit Ausnahme der ersten schleswigischen Zone Deutschland zurückgegeben. Ernster und tiefer ist die Entscheidung, die jetzt in Oberschlesien fällt. Nirgendwo ist der Kampf so heftig gewesen, nirgendwo unter so schweren Bedingungen ausgefochten worden, wie dort. Doch auch keine Abstimmung hat so elementar an die Grundfesten des gesamten deutschen Volkes gerührt, keine ist von so schicksalsschwerer, weitgehendster Bedeutung.

Das Ergebnis der Abstimmung, das mit tiefer Freude als günstig für uns vorauszuschauen ist, wird die sich zusammenballenden Wolken am östlichen Himmel wohl nur noch verdichten, doch auch den Ruf im ganzen deutschen Volk nach dem zerronnenen Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes entscheidend stärken.

Polen und Frankreich haben noch nicht den Gedanken aufgegeben zur dauernden Herrschaft über das zu gelangen, was unsere Kraft und unsere Hoffnung ist: die Fähigkeit zur Arbeit, für die Oberschlesien mit das reichste Beispiel bietet. Es sollte vielmehr der Schlüsselstein bilden zur Bewegung der Europahegemonie Frankreichs, die durch den Schmachfrieden von Versailles begründet wurde und geistert werden sollte durch 23jährige Sklavenarbeit Deutschlands. Im Besitze von Oberschlesien konnte man Rußland im Schach halten, ja, die unausbleibliche Auseinandersetzung nach eigenem Willen herbeiführen. Das Jahrhundert Frankreichs hätte begonnen, die endgültige Verfassung Europas. Diesem zerschredenden Wahnsinn wird nun in Oberschlesien zum ersten entscheidenden Male ein „Nein“ entgegengesetzt, durch das die Hauptstütze Frankreichs — Polen — in seine Schranken zurückgewiesen wird

nicht etwa vor einem falschen Gedanken, vor einer lebensunfähigen Bewegung steht, sondern vor gar keinem Gedanken und noch viel weniger vor einer Bewegung, ausgenommen freilich die Luftbewegungen, die dennoch dankbar anerkannt werden sollen, da sie die willigen und unwilligen Übermittler dieser Feststellung eines absoluten Nichts waren.

Im Ernst: was ist wiederum geschehen? Ein wohlmeinender Mann, ein durchaus ehrenwerter Mann wird von der Rettungspolizei befallen, von einer ganz ungefährlichen und ganz leichten Rettungspolizei. Wir meinen damit nicht etwa die „Salomonatschrift für das ganze deutsche Volk“, genannt: „Der getreue Eckart“. Das ist eine harmlose Sache, die man nicht zu belächeln, aber auch nicht zu überschätzen braucht. Herr Nitzsche hat sich mit dieser Leistung als wohlmeinender Unterstützer eines in den Kinderstühlen stehenden politischen „Kunststücks“ erwiesen. Herr Nitzsche aber wollte mehr, oder besser, man wollte, daß er mehr wollte. Ohne jegliches Gefühl dafür, daß der getreue Eckart als ein schönes und unanrührbares Sinnbild für ein kühles Wirken und für den weisen Rat eines beharrlichen Schweigens im Volke lebt, mußte Herr Nitzsche entgegen der Warnung: „Vertrauend ist schädlich, verkehrweigen ist gut“ selbst den Eckartgedanken im Keime vernichten, als er sich anmaßte, als er uns zumute zu glauben, es könne so etwas wie eine Eckartbewegung geben. Es gibt nur eine Eckartgestalt und die verhält sich seine bescheidene Zeitschrift immerhin in entscheidendem Abstande. Man muß nämlich wissen, daß Herr Nitzsche durch und durch der alten wilhelminischen Ära mit ihrem ausgeprägtem Kathos und ihrer auch durch keine äußere Straßengeistlichkeit vermittelte Angehörigkeit angehört und daß bei aller subjektiven Anständigkeit von ihm nichts anderes zu erwarten steht, als das laueste „zwischenparteiliche“ Verhalten. So war denn sein ganzer Vortrag eine Zusammen-

und sein Imperialismus und maßloser Dünkel einen schweren Stoß erhält.

Dann beginnt, was einmal kommen mußte: die Morgen-dämmerung im Osten. Der Kitt, der alle Teile des heutigen Volkes bis jetzt zusammenhielt, und den Ruf — los von Warschau — nicht zu elementarer Gewalt erstarken ließ war nur die Hoffnung auf ein Großpolen „vom Meer zum Meer“, ein Gebilde der wuchernden polnischen Phantasie. Man war gekannt und wurde elend ausgebeutet. Doch nun kommt das Erwachen, das sichbestimmt auf die eigenen Lebensnotwendigkeiten, und Polen wird ernten, was es gesät hat. Oberschlesien sollte das Ende einer zwangsläufigen Entwicklung sein, es wird zum Signal zur Aufrückung des gesamten Ostproblems, zum Anfang zur Neugestaltung des deutschen Ostens nach organischen Notwendigkeiten lebendigen deutschen Volkstums.

Ewald Knappe.

Bevölkerungsproblem und Wirtschaft.

Wirtschaftsziele werden nicht um der Wirtschaft, sondern um der Menschen willen aufgestellt. Weil wir dem Anschein nach zu viel Menschen haben, gibt es um der Menschen willen ein Bevölkerungsproblem. Die Möglichkeit seiner Lösung liegt heute vorwiegend auf dem Gebiete der Wirtschaft.

Unsere Volkswirtschaft kann die auf verengtem Nahrungs-spielraum verdichtete Bevölkerung nicht mehr ausreichend beschäftigen und deshalb nicht ernähren. Arbeitsgelegenheit und Ernährungsmöglichkeit gehen zusammen. Es fehlen Arbeitsgelegenheiten. Der Reichsarbeitsminister hat in seiner letzten großen Rede hervorgehoben, daß die amtliche Erwerbslosenstatistik kein volles Bild der mangelnden Arbeitsgelegenheit bietet; sonst ständen wir, wie es das Ausland behauptet, günstiger als einige Siegerstaaten da. Die Wahrheit ist, daß un-gläubliche Betriebe mit einer unvorstellbar großen Zahl von Kurzarbeitern belastet sind, und daß auch dort, wo anscheinend seit der Umstellung auf die Friedenswirtschaft eine größere Zahl von Arbeitern beschäftigt wird, dies nur Ausgleich der verbirzten Arbeitszeit und der verringerten Arbeitsleistung darstellt. Von einem großen landwirtschaftlichen Betriebe in der Provinz Brandenburg wird berichtet, daß man durch Er-löschung der Arbeiterzahl von 55 auf 88 gezwungen wurde, den Pferdebestand um 16 Pferde zu vermindern. Allein dieser not-wendige Zulauf bedeutet neben einer einmaligen Mehr-belastung des Betriebes mit 200 000 Mark eine dauernde Stei-gerung der Produktionskosten, aber noch keine erhöhte Pro-duktionsleistung gegenüber dem Friedensstande. Ähnlich liegt es in vielen Wirtschaftszweigen. Wiedergewinnung der uns gewalttätig genommenen weltwirtschaftlichen Beziehungen könnte Arbeitsgelegenheit schaffen. Mühsam errungene An-fänge auf diesem Wege sind durch die „Sanktionen“ bedroht. Aus den Augenblicksverhältnissen läßt sich kein außenwirt-schaftliches Programm entwickeln. Aber Paris und London haben uns eine Illusion zerbrochen, und darin liegt ihre wesent-liche Bedeutung. Nun sollten wir endlich die brutale Lehre begreifen, die man uns gegeben. Was es jemals möglich gewesen wäre, den Weg der Wirtschafts- und Bevölkerungs-politik einzig auf die Wiederkehr der friedensmäßigen Welt-wirtschaft einzustellen. Die Zwangsmaßnahmen unserer Feinde sind eine längst vorauszu-sehende naturnotwendige Folge der Weltwirtschaftskrisis, die eine Konsumkrisis ist, und von der das deutsche Sachverständigen-Gutachten für London mit Recht behauptet, daß sie nicht nur veranlaßt sei durch den Ausfall einer großen Zahl konsumierender Gebiete mit etwa 200 Millionen Menschen, sondern auch durch die Schwächung konsumierender Schichten innerhalb aller, selbst der reichsten Länder. Die gesamte Kaufkraft ist auf einen Stand gesun-ken, der hinter dem am Ende des vorigen Jahrhunderts weit zurückbleibt.

Wie weit wir uns in die Weltwirtschaft schon wieder haben einfinden können, ist sehr schwer abzuschätzen, auf jeden Fall mit überwiegend passiver Tendenz. Wiesel schätzt diese Be-lastung seit Kriegsbeginn auf 90 Milliarden. Wir haben vor-

stellung aller derjenigen Schlagworte und heute zumeist ganz formal gefaßter, rein propagandistisch gesehenen Aufgaben, die jeder Erwachsene kennt und jedes Kind fühlt. Aber solche Sa-nalitäten, die das Eigentümliche haben, unter anderem auch wahr zu sein, sollte man nach dem alten, schönen Satz be-handeln: so einer eine Rede reden will, der schweige lieber. Aber es gibt auch banalen Unsinn, selbst wenn er in der Form einer subtilen Unterscheidung auftritt. Nitzsches Wort vom wahren Pazifismus ist so ein Janggredel für ihn, der selbst ein Wahnwörterer zu sein scheint. Ober-schlesien als harm-loser ist sein Wort: Jugendprogramm, vor allem in Ver-bindung mit dem bloßen Schlagwort staatsbürgerlicher Er-ziehung. Die junge Generation hat denn auch fast einstimmig von vornherein diesen greulichen Salat von gutem Willen und Unvermögen, von bourgeois Wohlgefälligkeit und gänzlichem Mangel an Menschenkenntnis zurückgewiesen.

Ewald Stadler riß mit unerbittlicher Schärfe den Abgrund zwischen dieser überflüssigen Spielerei und dem Wesen des dynamischen, wirklichkeitsbefehlenden politischen Men-schen auf. Dr. Lange protestierte mit vollem Rechte gegen die grenzenlose Oberflächlichkeit der ganzen Angelegenheit und verwarf die faule Ueberparteilichkeit, die ja doch nur immer Zwischenparteilichkeit bleibt. Das Problem der Einheit liegt, wie er treffend sagte, unter den Parteien. Georg Eleinow hat sich ausgezeichnet entwickelt: Sieh da, sieh da, Timotheus! Mit der alten Glätte, die ihm eignet, ver-teidigte er gestern den republikanischen Gedanken in seiner äußerlichsten und unfruchtbarsten Erscheinung. Vorans ab-folgt, daß die Epoche von gestern erst heute sich auflöst. Walter Dehme sprach auch. Es ist vielleicht sogar möglich, daß er selbst nicht mehr weiß, was er gesagt hat. Sein Erfolg jedoch — das ist das soziologisch Interessante — lag auf der Kleinwüchsigkeit Linie.

„Der Staat ist nicht eine bloße Manufaktur, Meierei, Affektanzankel oder merkantilistische Sozietät; er ist die innige Verbindung des gesamten inneren und äußeren Lebens der Nation zu einem großen, energischen, unendlich bewegten und lebendigen Ganzen.“ Adam Müller.

„Der getreue Eckart“.

„Neutral will auf Eiern gehen und keines zertreten.“

Florilegium politicum. 1630.

Am 17. März fand im früheren Herrenhause ein Vortrag von Curt Nitzsche: „Über den Parteien“ statt. Herr Nitzsche wollte mit diesem Vortrag und der folgenden Aus-sprache das einfadeln, was, wie er betonte, ihm vielfach ge-raten worden war: „eine Bewegung schaffen“. Darum er-läuterte Herr Nitzsche sein Thema mit den Worten: „Bege und Ziele der Eckartbewegung“. Der Vortrag und die Aus-sprache im Allgemeinen waren vielleicht gerade wegen des opti-mistischen Nihilismus, dank hemmungslösender Redefrei-heit und einer bis ins Kleinste lustbühnenhaft anmutenden Geschichtsführung eine einzige Groteske. Freilich meinten einige sehr besinnliche Leute in völliger Verleugnung der Sach-lage, Verlust und Ausgang des Abends seien tragisch. Da sich die Presse gewöhnt hat, jeden mittleren und schweren Unglücks-fall tragisch zu bezeichnen, so müßte man bei diesem leichten Unglücksfall vielmehr von dem Gottlob untragischen Verlaufe sprechen.

Genauer besehen war aber der ganze Abend ein einziger Glücksfall. Es glückte nämlich der Versammlung und einigen Diskussionsrednern sich darüber klar zu werden, daß man sich

sonen Vorwurf genommen auf unsere zukünftige Entwicklung, auf die wir vielleicht zu große Hoffnungen setzen. Und für sich muß schon vor einer Ueberfischung des Weltmarktes gewarnt werden. Der gesamte Umsatz des Weltmarktes hat nach deutschen Berechnungen auch in besten Friedensjahren kaum mehr als jährlich 100 Milliarden Goldmark betragen, während allein die im Inland erzeugten und dort umgesetzten Produkte der deutschen Landwirtschaft im Frieden einen Wert von 12-15 Milliarden Goldmark darstellten. Von der Nahrungsmittelnot getrieben, haben wir uns wieder in übergroße Abhängigkeit vom Auslandsmarkt begeben. Die im Weißbuch des auswärtigen Amtes über die Londoner Verhandlungen abgedruckte Denkschrift des Reichsfinanzministers berechnet an Hand der Ergebnisse des Steuertraps aus Lohnabzügen das augenblickliche Nominaleinkommen des deutschen Volkes auf 140 Milliarden Papiermark, das wären also etwa 14 Milliarden Goldmark. Davon gibt Deutschland allein 3,8 Milliarden Goldmark für Einfuhr von Lebensmitteln aus. Der Einflussspunkt für die Bevölkerungspolitik wird vorwiegend auf dem inneren Markte zu suchen sein. Können wir die innere Wirtschaft so gestalten, daß sie dem überwiegenden Teil eines 60-Millionenvolkes ausreichende Arbeitsgelegenheit und damit Ernährung schafft?

Das Hauptgewicht fällt auf die Landwirtschaft; sie hat zwei Aufgaben zu erfüllen: sofortige Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten und Erhöhung der Produktion bis zum Grade der inneren Bedarfsdeckung, um uns von Auslandseinfuhr unabhängig zu machen. Damit wird die Industrie in die Lage gesetzt, die Rohstoffeinfuhr zu erhöhen. Die durch Intensivierung und Schaffung von neuen Arbeitsstellen gesteigerten Kaufkraft des Inlandes geben ihrer Produktion Festigkeit und Widerstandskraft gegen Weltwirtschaftskrisen, und ihr Menschennachwuchs ist durch die Erhaltung einer kräftigen Landbevölkerung auch dann gesichert, wenn nach ein bis zwei Jahrzehnten der Verlust von 7 Millionen Menschen, den der Krieg und seine Folgen mit sich brachte, wirksam zu werden beginnt. Wir dürfen nicht vergessen, daß der heutigen Ueberbevölkerung nach rund 20 Jahren ein ungeheurer Bevölkerungsverlust gegenüberstehen würde, wenn es nicht gelingt, bis dahin die natürliche Bevölkerungszunahme nicht nur zu sichern, sondern zu steigern.

Voraussetzung für die Intensivierung der Landwirtschaft ist die bereits in Gang befindliche Neuordnung der Getreidebewirtschaftung, mit der auf jeden Fall ein gesundes Preisverhältnis zwischen den einzelnen Produkten erreicht werden muß, um den Landwirt mit dem Erlös aus dem gesteigerten Getreideanbau den Ankauf von Futtermitteln und Landmaschinen lohnen zu machen, und eine maßvolle Steuerpolitik, um in diesem augenblicklich wichtigsten Wirtschaftszweige Kapitalneubildung nicht von vornherein zu verhindern, Schaffung von Wohngelegenheiten für Landarbeiter, und gleichzeitig die durchaus mögliche Ausschaltung der fremden Wanderarbeiter zu bewerkstelligen, die an die Unterbringung weniger hohe Anforderungen stellen und von denen die Landwirtschaft noch in diesem Jahre mindestens 150 000 beschäftigt, die aber selbst im hochintensiven Zuderrückenbau nach sachverständigen Urteil entbehrt werden können. Man hat die Herstellung von 150 000 Landarbeiterwohnungen gefordert. Die Zuführung von Menschen in diese Wohn- und Arbeitsstätten muß bei den Jugendlichen beginnen, die noch am leichtesten von der Stadt auf's Land verpflanzbar sind; dazu gehören auch diejenigen, die erst im Laufe des Krieges, angezogen von den hohen Löhnen, in die Stadt ausgewandert sind; aber schließlich würde schon für die Landwirtschaft der eigene Nachwuchs genügen, solange dieser freiwillig auf dem Lande bleibt. Die Voraussetzungen der Intensivierung sind damit längst nicht erschöpft, sie greifen über in das Gebiet der produktiven Erwerbslosgenerierung, in das Grundbahnarbeitswesen, vor allem aber auf die Neuordnung der Grundbesitzverteilung, die man mit dem Begriff der inneren Kolonisation zu umschreiben pflegt. Denn ländliche Siedelung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion schließen einander nicht aus, sie gehören zusammen in der gemeinsamen Einstellung auf die bevölkerungspolitische Aufgabe, mit eingeschlossen das überaus wichtige Gebiet der Moor- und Deelandkultur.

Albert Dietrich gerißt diese Linie. Es tauchen die Fragen für einen kurzen Augenblick auf, deren Entscheidung Entscheidungsvoraussetzung. Heinrich von Gleichen fuhr dann schließlich jach und böse dazwischen und gab den Herren eine persönliche Lektion. Daß diejenigen, die nie im Wilde sind, diesen Angriff gründlichst mißverstanden, braucht niemanden zu verwundern. Als gegen Schluß Hanns Magtin Elfter ausdrücklich die politische Unreise der Edart-Kompromittler an der politischen Wesenhaftigkeit der auch von uns gewollten Gesinnung maß, indem er geradezu auf den Ring hinwies, machte Herr Nitsche uns die Freude, alle die mit uns in Eins zu leben, die ihren Widerwillen gegen die schwammige Mittelmaßigkeit dieser Versöhnungsaktion laut genug bekundet hatten.

Aus diesem Berichte wird man ersehen, daß der Abend so war, wie heute alles ist. Sachlichkeit ohne Sachse, Besinnung ohne Sinn, Vermittlung ohne Mittler, Bewegung ohne Wege. Unwilligkeit ohne Genügen hat nie gestaltet und muß in unserer Lebenslage geradezu zerfallen. Der gut gepflegte Selbstbetrug darf nicht einmal mehr auf Schonung rechnen. Talscher Ernst fordert echtes Sachse heraus; oder, wie der alte Christoph Lehmann sagt: ein leerer Sad steht nicht aufrecht. Anachronist.

Sie müssen noch heute

Ihren Bezug für das zweite Vierteljahr 1921 bei Ihrem Postamt erneuern, wenn Sie Postbezieher sind. Falls Ihr Briefträger den am 1. April fälligen Bezugspreis von 6 M. von Ihnen noch nicht eingezogen haben sollte, so werfen Sie bitte den in vorliegender Nummer abgedruckten Poststempel nach Ausfüllung in den nächsten Briefkasten.

Wir empfehlen unseren Freunden den Jahresbezug (20 Mark jährlich) durch unmittelbare Bestellung beim Verlag

Das Geheimnis der praktischen Verwirklichung dieser Lösungsmöglichkeiten des Bevölkerungsproblems liegt in der Gewichtsverteilung des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft und entsprechender Reihenfolge der Maßnahmen. Wir können nicht gleichzeitig alle Forderungen erfüllen. Die Sanierungsexperimente sind deshalb so häufig gescheitert, weil man überall zugriff, nirgends Ganzes leisten konnte oder aus irgendwelchen rein politischen Motiven gar nicht wollte. Einmal muß einseitig erscheinende Härte gelöst werden. Heute muß das Bevölkerungsproblem die Wirtschaftspolitik leitend beeinflussen, und daraus folgt Stärkung des inneren Marktes um jeden Preis. Das aber heißt: Mehr Menschen und mehr Arbeitsgelegenheit auf dem Lande erhalten, um aus dem Boden das Bestmögliche herauszuwirtschaften. Damit die Kaufkraft der durch Innenkolonisation verbreiterten Landbevölkerung zu stärken und so der Industrie stabile Wirtschaftsbedingungen und Absatzmöglichkeiten zu schaffen: das Ganze der Volkswirtschaft auf größtmögliche Unabhängigkeit einzustellen, um auf festgelegter Basis an der Weltwirtschaft teilnehmen zu können. Freig. Ehrenforth.

Britannia waives the rules.

Der Milliardenkrieg ist verfloren, der Versuch, die Welt mit astronomischen Zahlen zu hypnotisieren, gescheitert. Vielleicht weniger an der Geschicklichkeit der deutschen Vertretung, als an dem Gleichmut des deutschen Volkes. Das deutsche Volk ist das schlaueste menschliche unter den Völkern. Sein fides Heroentum hat etwas Kührendes. Es kennt keine Geste, es verachtet die Gebärde, und wenn seine Sachwalter gelernt haben werden, die Sprache zu sprechen, welche diesem Volkstum gemäß ist, dann werden die vom politischen Instinkt des Auslandes bei der Londoner Konferenz zum erstenmal erfüllten Dinge schließlich wirksam in das Bewußtsein einer Weltöffentlichkeit bringen, die jenseits aller Zeit ist.

Heute gilt es noch zu rechnen. Die Verhandlungen sind nur scheinbar abgebrochen. Zum 1. Mai müssen wir wieder an der Kasse des Wiedergutmachungsschulds erscheinen und nachweisen, daß wir 20 Milliarden Gold in den letzten 2 1/2 Jahren gezahlt haben. Dann wird sich die Gelegenheit finden, wiederum Dinge zu berühren, die jetzt mit einer großen, rücksichtslosen Handbewegung der Herren Lloyd George und Briand vom Verhandlungstisch geschoben sind.

Es handelt sich nicht um Zahlen — das Ausdrucksmittel der Zahl ist unzulänglich. Es handelt sich um die Selbsterhaltung nicht nur Deutschlands, sondern ebenso sehr Westeuropas und seiner überseeischen Gültale, der Vereinigten Staaten. Deutschland und seine Vertragsgegner sprechen jedoch in verschiedenen Sprachen, die Sprache des Friedensvertrages kann von einem Deutschen nicht verstanden werden; denn niemals ist ein Volk in seiner höchsten Begeisterung, in seinem hingebendsten Opferwillen so mißverstanden worden wie das deutsche Volk.

Heute steht der Artikel 235 zur Erörterung. Er lautet ausgangswelt: Deutschland zahlt in Anrechnung auf die Wiedergutmachungsschuld während der Jahre 1919-20 und der ersten vier Monate 1921 (in Gold, Waren, Schiffen und Wertpapieren und anderswie), wie es der Wiedergutmachungsschulds festsetzt, den Gesamtwert von 29 Milliarden Gold um.

Begründet ist dieses Verlangen, wie die anderen auch, auf der Anerkennung der deutschen Schuld am Kriege.

Die Regierung ist bisher mit Unterlagen und Zahlenangaben über diese Verpflichtung nicht hervorgetreten. Sie sagt, wenn auch mit einem Anflug von innerer Unsicherheit, wir hätten diese Forderung längst beglichen. Die Gegenpartie bestreitet es. Man mißverstet uns, ob absichtlich oder unabsichtlich kann dahingestellt bleiben. Man rechnet genau, auf Heller und Pfennig, aber wir rechnen noch genauer, denn wir rechnen um unser Leben, die anderen um Gewinn! Zwar wissen wir, daß wir die unerhörten Menschenopfer, welche die Flutkatastrophe von uns gefordert hat, nicht auf das Wiedergutmachungsforum bringen können, obwohl wir ebenso genau wissen, daß auf jedes durch den Unterseebootkrieg ums Leben gelommene Kind 1000 deutsche Kinder kommen, die langsam und systematisch durch Entziehung der wichtigsten Nährstoffe öftlich vor der Geburt um ihr Recht zum Leben gebracht worden sind und noch heute gebracht werden. Simons hat die erschütternden Zahlen der deutschen Kindersterblichkeit nicht sprechen lassen, und doch ist sie das, was die „Wiedergutmachung“ von den deutschen Müttern fordert.

Rechnen wir lauffähiger, rechnen wir englischer — die deutsche Rechnung wird von der Welt noch nicht verstanden. Wir sollen zahlen: „in Waren, Schiffen, Gold, Wertpapieren und anderswie!“ Greifen wir einen Faktor heraus, die Schiffe, und einen zweiten, die Waren! Wie steht es mit den Schiffen? In England sind noch 750 000 Tonnen deutscher Schiffsrumpf unverkauft. Abgeliefert haben wir etwa 3 500 000 Retorregister-tonnen. Was sind sie wert? Wenn der Herstellungspreis berechnet, d. h. die Bewertung auf die Zeit vor dem Kriege zurückgeführt werden soll, wo andere Bedingungen herrschten, wo das Verhältnis von Gold und Ware anders war als nach dem Kriege, so wäre diese Berechnung falsch. Wenn schon in Gold berechnet wird, so kann doch nur der in Gold ausgedrückte Wert der Schiffe zurzeit der Uebergabe in Frage kommen. Dieser Wert ist aber nicht der Buchwert, sondern der damalige Handelswert. Der Preis eines Dampfers war aber während des Krieges um das Zehnfache gestiegen. Deshalb beträgt der Uebergabewert der deutschen Handelsflotte das Zehnfache des Friedenspreises, und zwar ebenfalls in Gold. Kostete die Tonne Schiffsrumpf vor dem Kriege etwa 1000 Mark Gold, so war sie im Frühling 1919 10 000 Mark Gold wert, und betrug der Wert der Handelsflotte (sage 1 Milliarde, so entspricht das einem Uebergabewert von 10 Milliarden Gold, nämlich dem in Gold umgerechneten Marktpreis eines Schiffes. — Ganz das Gleiche gilt von den Warenlieferungen, gilt vor allem von den „anderweitigen“ Werten. Der deutsche überseeische Besitz bestand nur zum geringsten Teile aus Liegenschaften, Säufnern, industriellen Anlagen und dergl. Weit bedeutender war der überseeische Rechtsbesitz des deutschen Volkes an Konzeptionen,

an Vorkäufen, an Geldein, an Anleihen, an Kredit und Vertrauen. Diese ökonomischen Inboudereabilitäten sind in Gold nicht zu berechnen. Die Gegenpartie leugnet sie einfach, weil sie sich buchmäßig nicht nachweisen lassen. Diese Vermögensbestandteile sind jedoch reiflos an die Entente übertragen worden. Die Gläubiger im Ausland sind bezahlt. Die ehemaligen deutschen Eigentümer sind noch nicht bezahlt. Der deutschen Arbeiterklasse kann kein Ertrag für die verlorenen Märkte geboten werden. Sie wird zur Entbehrung gezwungen. Wir buchen alles auf das große, unendlich ausdehnungsfähige Konto der Kindersterblichkeit. Das drückt niemanden in London oder Paris; dort sieht man ja nur die deutschen Fabriken, aber man übersteht die deutschen Menschen!

Darin liegt jedoch zu gleicher Zeit unsere Rettung. Deutschland wird durch diesen Erpresserfeldzug der Anderen zum Einwand der Sache der Menschlichkeit. Es ist keine Sprache so vernünftig, es ist keine so überzeugend, wie die Sprache des stillen Martyriums. Heute zeigt sich England noch im vollen Glanze des Siegers? Aber indem es jedes Gesetz, jede Meinung und jedes Gefühl über Bord wirft, wird es sich selbst um das bringen, was ihm bisher noch stets die Achtung seiner Gegner eingetragen hat, nämlich, um die Kunst maßzuhalten. Daran gründet sich seine See- und Weltbeherrschung. Wir sind an dem Mangel an innerem Augenmaß zugrunde gegangen und sind im Begriff uns wiederzufinden. Jenseits des Stanzes ruht überwiger Uebermut. Britannia waives the rules! England kriecht die Regeln. — England wird wieder sterblich! Wilhelm von Kries.

Wirtschaftlicher Minderheitenschutz.

Die Fragen des kulturellen und politischen Minderheitenschutzes sind in der reichsdeutschen Presse schon öfters behandelt worden. Bedeutende Volksrechtler haben auf Grund bestehender, teils eingehaltener, teils laborierter Gesetze Entwürfe ausgearbeitet, die den deutschen Minderheiten im Grenz- und Ausland als Richtschnur für ihre Forderungen dienen können. Die Frage des wirtschaftlichen Minderheitenschutzes aber ist eine Neuheit. Sie wurde im letzten Jahre wohl das erste Mal in deutsch-böhmischen Blättern aufgeworfen, hat aber bisher nicht allzu weite Kreise zu ziehen vermocht, obwohl sie mindestens ebenso wichtig ist, als die des kulturellen und politischen Minderheitenschutzes.

Die seit langen Jahren bestehende national-wirtschaftliche Organisation der Siebenbürger Sachsen und die sich jetzt bildende der Deutschen in der Türkei können als Muster dienen. Die erstere deshalb, weil sie die als Anfangsstadium der national aufgebauten Gemeinheitswirtschaft anzusehende Periode sehr gut ausgearbeitet hat und seit Jahrzehnten in gegenständlicher Weise wirksam wirkt. Die zweite, weil sie die Hauptgesichtspunkte für die national eingestellte Wirtschaft erkannt und ausgedrückt hat.

Bei den Siebenbürger Sachsen entstanden vor 70-80 Jahren zum Schutz gegen die armenisch-griechisch-jüdische Wucherergilde eine Reihe von Spar- und Vorschußvereinigungen in Stadt und Land, die sich anfänglich in genossenschaftlicher Weise betätigten, später aber, als die siebenbürgisch-sächsischen Volksgemeinschaft fast in ihrer Gänge als Schuldner oder Gläubiger an ihnen beteiligt war, ihre Reingewinne nicht nur an die Genossen oder Anreizbesitzer verteilte, sondern dem ganzen Volke zugute kommen ließ. Aus den kleinsten Anfängen heraus hatten sich die völkisch organisierten Geldanstalten heute zu einer bedeutenden volkswirtschaftlichen Macht durchgerungen. Das war aber nur möglich, weil die Anstalten einerseits von dem Vertrauen der deutschen und auch der fremden Bevölkerung getragen waren, und zweitens, weil jeder ungerade Unernehmergewinn naturgemäß von vornherein, wenigstens bei den meisten Anstalten, unmöglich gemacht war. Ein Beispiel erhellt dies am besten. Die „Kronstädter Allgemeine Sparkasse“, die 1835 als erste Sparkasse Ungarns gegründet wurde, hatte sich auf einem Kapital von 7000 fl. = 14 000 Kr. auf, das von 110 Bürgern der Stadt in gleichen Anteilscheinen eingezahlt war. Im Jahre 1910 hatte diese Anstalt bei einem stetigen, schönen Aufstieg einen Jahresreingewinn von 360 000 Kr., also das 25fache des Aktienkapitals. Den Anteilsscheinbesitzern wäre nach allgemein gültigen kapitalistischen Gesichtspunkten ein vielhundertprozentiger Dividendenreingewinn zugefallen, hätte die Generalversammlung einstimmig nicht bestimmt, daß nie mehr als 6% Dividende ausgeschüttet werden dürfen und der sonstige Reingewinn, nach Abzug von Summen für den Reservefonds, Beamtenpensionsfonds usw. völkischen Zwecken zugute zu kommen habe.

In diesem Jahre wurden demnach 340 Kr. 6%ige Dividende bezahlt und an 140 000 Kr. für das Allgemeinwohl gespart. Das übrige Geld wurde den Fonds zugeführt, die aber, bei einer eventuellen Auflösung der A.-G. auch nicht an die Anteilsscheinbesitzer abgegeben werden dürfen, sondern völkischen Zwecken bilden.

So arbeiten in sämtlichen Sachsenstädten mehrere, heute vollständig in modernem Sinne geführte Bankinstitute und auf allen Landgemeinden Genossenschaften. Im Jahre 1913 waren alle 22 Geldanstalten, von denen etwa 200 Klaffenvereine sind, bereits in engster Zusammenarbeit. Von Konkurrenz in landläufigem Sinne konnte, da die Arbeitsgebiete gut verteilt waren, eigentlich nicht gesprochen werden, obwohl ein gesunder Wettbewerb nicht fehlte. Die Hauptzahlen sind in diesem Jahre 375 Mill. Kr. Betriebskapital, hiervon 25 Millionen Kr. Reserven, 110 Millionen Kr. Spareinlagen, 209 Millionen Kr. in Umlauf befindliche Pfandbriefe. Diese Zahlen haben sich infolge der Papiergeldvermehrung stark vergrößert, doch hat der Krieg keine nennenswerte Verminderung des sächsischen Volkvermögens gezeitigt. So zeigt der Jahresbericht der Klaffen-Zentrale von 1914 ein

Starkes Anwachsen der Anstalten, die heute zusammen 24 000 Einzelmitglieder in 282 Anstalten haben. Wenn man all diese Zahlen die Seelenzahl der Sachsen, die 230 000 beträgt, entgegenhält, so erkennt man, daß das ganze Volk bereits mit diesen völkisch geleiteten Unternehmungen in enger Verbindung steht.

Die Möglichkeit, auch den reinen Privatbesitz und -gewinn völkisch zu erfassen besteht, wenn bisher auch noch keine Form dafür gesucht wurde, da der Zwang dazu nicht bestand. Wenn man aber völkische Steuerleistungen für Schule und Kirche, teils freiwillige, teils durch die völkischen Vertreter beschlossene, die sogar bis auf eintausendacht hundert Prozent der Staatssteuer bewilligt und gezahlt wurden, in Betracht zieht, so kann man von einer überaus starken Heranziehung auch des Privatbesitzes für die völkischen Belange sprechen. Noch ist ja ein reifliches durchführbares wirtschaftliches Minderheitenschutzprogramm nicht aufgestellt, aber die glücklichen sozialen Verhältnisse der Sachsen, die so gut wie kein Proletariat haben, werden sich bald ein solches schaffen. Schon jetzt sind sie für die übrigen Deutschen ein Vorbild zum Vorbild gestellt; die Schwaben im rumänischen Banat haben vor einigen Wochen beschlossen, ihre Geldanstalten auf ebensolche Grundlage zu stellen und mit den Sachsen in eine Arbeitsgemeinschaft zu treten. Sobald dies gelingt, wird es auch möglich sein, allgemeine völkische Versicherungsanstalten, Konsumvereine usw. zu errichten, die die allzu großen Privatgewinne beiseite schieben oder sie der Allgemeinheit zuführen.

Während die Siebenbürgischen Sachsen in jahrzehntelanger Arbeit sich einen, wenn auch nur wenige Gebiete umfassenden wirtschaftlichen Minderheitenschutz geschaffen haben und auf dieser Grundlage weiterbauen wollen, richten sich die Deutschböhmen völlig neu ein. Sie hatten wohl auch schon früher so etwas wie einen wirtschaftlichen Minderheitenschutz, aber doch nur an den Sprachgrenzen. Dieser war nicht widerstandsfähig und wurde von den Tschechen fortwährend durchbrochen. Die Deutschböhmen haben aber ganz klar erkannt, daß die Voraussetzung der völkischen Selbsterhaltung der wirtschaftliche Ausbau der Volksgemeinschaft ist. Solange die Minderheit keine soziale Einheit ist, in der dank der starken verbindenden Kraft des Volkstums die sozialen Gegensätze zurückgedrängt werden, kann sich diese auch keinen richtigen Schutz ausbauen. Bei einem wirtschaftlich so weit fortgeschrittenen Lande wie Deutschböhmen ist ja natürlich die Umstellung sehr schwer.

Der Hauptgedankepunkt der deutschböhmen Wirtschaftspolitik ist, eine soziale Einheit zu schaffen, die sich in wirtschaftliche Gruppen gliedert, die zwar ein eigenes organisatorisches Gefüge haben, da sie aber aus völkischen Gesichtspunkten geleitet werden, die völkisch gedachte Zusammenarbeit ermöglichen werden. Es ist eine Interessensvertretung der Bauern, der Landarbeiter, Bergleute, Handwerker, Industriearbeiter, Lehrer, Kaufleute, Ärzte, Juristen usw., mit einem Worte, für jede Arbeitsgruppe gedacht, die aber kraft des völkischen Hauptgedankens so zusammengeführt werden, daß alle Kräfte zur Abwehr benutzt werden können.

Man möge sich dieses Zusammenwirken plastisch vorstellen, wenn die vier Millionen Deutschen, die so geeint in dem 13 Millionen Menschen betragenden Tschechienstaate eines Tages in den nationalen Streit treten, um ihre völkischen Forderungen durchzusetzen. Der Staat bewilligt oder er fällt zusammen, da weder ein kapitalistisch, noch ein kommunistisch geleiteter Staat gegen eine solche erdbewahrende Kraft antreten kann.

Bei so hochgehenden Zielen müssen selbstverständlich Etappen eingeschaltet werden, die etwa folgende sein dürften: Vervollständigung und Vervollständigung der Konsumvereine, Ueberleitung der Reingewinne aller öffentlichen Handels- und Industrieunternehmen nach siebenbürgisch-sächsischem Muster für Zwecke der Volksgemeinschaft, größtmöglich durchgeführte Eigenheimföderung.

Wenn erst die Minderheiten sich von innen heraus so zusammengefunden haben, so wird ihre Widerstandskraft so groß sein, daß sie im Grenz- und Ausland nicht mehr übermächtig werden können. Die Grenz- und Auslandsdeutschen haben aber nicht nur die Aufgabe, sich zu erhalten, sondern sie sind von der Natur so Pionieren der deutschen Wirtschaft auszuweisen. Gelingt es im nächsten Menschenalter, die Minderheiten so zu organisieren, so ist ihr Bestand gesichert. Die soziale Beruhigung, die in diesen Ausläufern des deutschen Volkes zustande kommt, wird aber durch die Zusammenarbeit mit dem Mutterland auch zu dessen Gesundung beitragen.

Heinz Reimisch.

Reichs-Auswanderungsamt.

Aus Uebersee wird uns geschrieben:

Ein Neutraler von europäischem Ruf, der während des Krieges und nach der Revolution überzeugende Beweise von seiner ehrlichen Neigung für deutsche Art gegeben hat, äußerte, von einer Reise nach Europa und Deutschland zurückgekehrt, kürzlich mir gegenüber, daß er vier Arten Deutschen unterscheidet, deren drei sich im Ausland auf das Bestatliche bemerkbar machen. Er nahm, um dieses vorweg zu nehmen, ausdrücklich den Typ des Auslandsdeutschen aus, wie wir ihn vor dem Kriege gekannt haben. Im Gegenteil, er rühmte von ihm, daß er eigentlich der einzige Deutsche gewesen sei, der, eben als Typ, ausenländische Einrichtungen besaß und sie mit nationaler Würdigkeit verbunden habe. Aber jetzt, so meinte er, geht der Bismarckdeutsche als Auslandsdeutscher hinaus. So unterschied er denn drei Arten.

Die erste Art sei verkörpert in dem alten bürokratischen Militär- und Geheimratstyp, dessen Unbehörbarkeit auch dem Laieken der größten jehlichen Erfahrungen des Krieges und der Revolution unverändert trotz und mit seinem eingetretene Dünkel draußen vergeblich Sympathien zu werden suchte.

Die zweite Art — *medium generis humani* — werde vertreten durch die Schällinge, die durch rüchellose Selbstbeurteilung und umfassende Schuldbekanntnisse auf Kosten ihres Landes den Neutralen ein Ekel, ein Aergernis und ein Gelächter, den Feinden ein mit grenzenloser Verachtung benutztes Werkzeug bedeuten, nach dessen Berührung man sich die Hände wäscht.

Die dritte Art endlich seien die Schieber, die bald nach dem einen, bald nach dem anderen Rezept, je nach Maßgabe der Witterung, ihre schmutzigen Geschäfte zu machen verüben.

Die Sünden aller drei Typen kommen im Bewußtsein des Auslands auf Deutschlands Belastungskonto. Ihnen stellt mein Reisender eine vierte Art gegenüber, deren Erfahrung und Verbreitung er mit Befriedigung feststellte. Aber, sie sei leider, so meinte er, meist nur in Deutschland selbst zu finden. Das seien die Menschen, die in ernster Sachlichkeit, mit ruhiger, selbstverständlicher Würde, ohne Betonung und ohne Verleugnung des deutschen Menschen, ihr ganzes Sein in den Dienst des Vaterlandes gestellt hätten.

Diese Ausführungen ließen mir einen alten Plan wieder ins Bewußtsein treten, den frühe Erfahrungen im Ausland mit

Sandkneten vor und während des Krieges ersucht hatten: daß Reichsauswanderungsamt. Das sollte eine Behörde sein, die jeden Deutschen, der ins Ausland reisen wollte, auf Gefinnung, Haltung, Benehmen, zu prüfen hätte, ehe er als Vertreter des Reichstums die Ausreiseglaubnisse erhielt.

Die Schaffung dieses Amtes ist jetzt dringlicher denn je. Denn der Schaden, den die „angewandten“ Deutschen draußen anrichten, ist von unermesslicher Tragweite. Auf ein Amt mehr oder weniger scheint es im parlamentarischen Obrienteitshaare nicht anzukommen. Vielleicht greift der geistreiche Herr Koch den Gedanken auf. Hier bekommt er eine Idee mit, so daß nicht, wie bei seinem Reichskunstamt, Kreator und Kreator emsig bei allen schöpferischen Menschen hauffieren gehen müssen, um nachträglich den produktiven Gedanken zu finden, der ihre auf die Galerie berechnete Schöpfung vor ernsten Männern rechtfertigen soll. Freilich als Reichsauswanderungsamt wäre ein solches, nur woziges Zie-Mandl nicht verwendbar, und Herr Koch würde von seinem neuen Amt die Ausreise vielleicht auch verbieten werden.

Die Pflichten des Amtes sind nach ihrer prohibitiven Seite leicht zu umreißen. Die Ausreise wird verboten: allen Züföbern, allen Selbstbeföhdern, allen Unbelehrbaren, allen Grenztypen zwischen diesen Arten, kurz allen bloß angewandten Deutschen. Zu den Grenztypen gehören auch alle, die durch ihre unverantwortliche Gefinnung und ihr Treiben in der Offensivität, durch Teilnahme an öffentlichen Völlen, durch ihren Verkehr in den Schlemmerlokalen einen unabsehbaren Schaden im Urteil der Ausländer hervorrufen und den Klassenhaß im Innern steigern.

Auch die Herren Minister, die eine Sitzung des Kabinetts über die in London zu machenden Gegenvorschlöge abbrechen, denn „um 8 Uhr beginnt der Presseshall“, werden zu den „bloß angewandten Deutschen“ gerechnet werden müssen. Auch wohl Herr Rathenau, der förderndes Mitglied des Bundes der Erneuerung ist und Vertretern der Einheits und deutschen Industriellen ein Diner gab, das auch in Friedenszeiten üblich genannt worden wäre.

Die Richtlinien, nach denen die Ausreise gestattet wird, sind schwerer aufzustellen, aber doch sicher festzulegen. Hier könnte man ein Amt schaffen, das vorbildlich würde. Alle Mittel zur Erforschung des Menschen müßten ausgenutzt werden. Unter besserer Physiognom, unter besserer Graphologie müßten hineinberufen werden, und der Leiter müßte zwei Qualitäten besitzen: Geffügigkeit und Charakter. Als Beirat hätte ein deutscher Arbeiter zu fungieren, der aus seinem natürlichen Gefühl heraus und auf Grund seines Herzenstandes zu beurteilen hätte, ob für ihn die Ausreise-Anwärter Exponenten des wahren Reichstums bedeuten.

Nach einer halbjähtigen Ausdauer würden sich die Befugnisse dieser Behörde automatisch dahin erweitern, daß sie auch für jeden zuständig würde, der seine Ausreise ins politische Leben antreten will.

Wenn dieses Amt geschaffen würde, hätte Deutschland wenigstens eine wahrhaft moderne Einrichtung, die es in der ganzen Welt nicht gibt und die wirkliche produktive Arbeit leisten würde.

Dr. Rudolph.

Das Statistische Reichsamt

gibt seit Januar d. J. eine neue populäre Wirtschaftszeitung „Wirtschaft und Statistik“

heraus. Der Postauslage der vorliegenden Nummer 12 liegt ein ausführlicher Prospekt bei; wir empfehlen unsern Lesern diesen Plan einer besonderen Beachtung.

Beleg: „Gewissen“, Berlin S 30, Poststr. 22, Fernsprecher 2800. Verantwortlicher Schriftleiter: Werner Wirths-Berlin. Druck: Arthur Lehmann, Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 40/41. Manuskriptsendungen sind frei zu machen (6) Bg. Porto bei über 20g). Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn vollständig Rückporto beigefügt ist.

Das „Gewissen“ erscheint wöchentl. Bezugs: Durch die Post M. 6.— vierteljährlich, Jahresbezug M. 20.— bei unmittelbarer Bestellung beim Verlag. Mitteilungen an die „Gesellschaft der Freunde des Gewissens“ erbiten wir uns unter der Anschrift: „An den Verlag „Gewissen“, Berlin S 30, Poststr. 22.“ Geldsendungen erbiten wir auf Postcheckkonto „Berlin S 1 654 Verlag Gewissen“ oder auf unser Konto bei der Deutschen Bank, Berlin-Schöneberg, Martin Lutherstr. 7. Anzeigen: Die 7 gespaltene Komparatzeile M. 1.50. Die 3 gespaltene Reklamezeile M. 5.—

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachf.
Stuttgart und Berlin

Sieben erschien:

Staat und Marxismus

Grundlegung und Kritik der marxistischen Gesellschaftslehre

Von
Friedrich Lenz

Geb. M. 16.—, Halbleinenband M. 26.—

Ostdeutsche Monatshefte

für Kunst und Geistesleben.

Blätter der „Zukunft“ und der „Deutschen Gesellschaften für Kunst und Wissenschaft in Polen“.

Schriftleitung: Carl Lange, Olwa bei Danzig.

Jährlich 12 reichl. illust. Hefte / Jedes Heft für sich abgeschlossen
Der Jahrgang schließt März 1921.

Ladenpreis eines jed. Heftes M. 3.20 zuzügl. 20% Transportzuschlag

Bestellungen durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder unmittelbar beim Verlag:

Ostdeutsche Monatshefte G. m. b. H.
Danzig, Langgasse 39.

Sieben erschien:

Burschenschaftliches Handbuch für Politik

Im Auftrage des Vaterländischen Arbeitsausschusses der Deutschen Burschenschaft herausgegeben von
Dr. Karl Hoffmann

Auf holzfreiem Friedenspapier — Preis 26 Mark

Die Grundfragen vaterländischer und burschenschaftlicher Politik werden in zehn Einzeldarstellungen überparteilich behandelt:

Staatsbürgerliche Erziehung — Geschichtliche Entwicklung — Hochschulpolitik — Reichseinheit — Sozialpolitik — Berufsständischer Gedanke — Wirtschaft — Anschluss Oesterreichs — Grenz- und Auslandsdeutschtum — Äußere Politik

„Kron-Zeitung“: Das Buch, das von echt vaterländischem Geist erfüllt ist und in allen Teilen lebensvoll den Kerngedanken zur Anschauung bringt, daß es keine deutsche Kultur gibt, die nicht auf dem deutschen Volkstum ruht, richtet sich zwar zunächst an den deutschen Burschenschaftler, es ist aber auch für jeden Studenten, sondern überhaupt für jeden Deutschführenden wertvoll, der nach staatsbürgerlicher Bildung strebt.

„Deutsche Tageszeitung“: Es liegt ein Werk vor uns, das nicht nur für den Burschenschaftler, sondern für jeden, der auf vaterländischen Boden steht, lebhaftes Anziehungskraft ausübt. Es ist ein Spiegelbild der besten Kräfte Jungdeutschlands in ihrem Ringen nach dem Glücke eines sich wieder aufrichtenden Vaterlandes.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Verlag von Fr. Wih. Grunow in Leipzig

An das Postamt des Bezüehers zu richten!

In

das Postamt

in

Bestellheim.

(Ausföschneiden, ausfüllen und in den nächten Briefkasten werfen. Der Bezugspreis wird alsdann von Ihrer Bestellpostamt eingezogen werden.)
(Bitte recht deutlich schreiben.)

Herr—Frau—Fräulein
(Vor- und Zuname)

Stand oder Beruf
begw. Titel:

Ort: _____ Straße Nr. _____

bestellt hiermit zu sofortiger Sicherung:

Titel	Benennung der Zeitung	Ercheinungsort	Bezugszeit	Bezugspreis M. P.
1	„Gewissen“ Postzeitungsblötte für das Jahr 1920 Seite 130	Berlin	2. Viertel 1921	6 —

— Quittung.

_____ M. _____ Pf. sind heute richtig bezahlt worden.

_____ den _____ März 1921.

Postannahme:

Sie brauchen, um dem Gewissen neue Bezüehler, um der Gesellschaft der Freunde des Gewissens neue Mitglieder zu werben,

unser Merk- und Werbeblatt,

das wir Ihnen in jeder benötigten Anzahl kosten- und portofrei zur Verfügung stellen. Ferner übersenden wir Ihnen auf Verlangen portofrei

für Werbezwecke mit 40% Nachlaß

unsere Ringlingschriften

sowie das Spiegelheft 18/19:

Die Jungen in der Politik.

Mit Beitrögen von Moeller van den Bruck, Albert Dietrich, Hans Roeseler, Max Hildebert Boehm, Carl Georg Bruns, Heinrich von Gleichen. 2.— M.

Stadtler, Volkswille und Parteivestm. 0.50 M.

von Gleichen, Freies Volk. 0.80 M.

Verlag Gewissen Berlin W. 30 Motzstraße 22.